

RESOLUTION: KLIMAVERTRÄGLICHE MOBILITÄT

***** Beschluss der DV vom 12. Januar 2019 *****

Klima- und siedlungsverträgliche Mobilität statt doppelstöckige und sechsspurige Autobahnen

Die grösste Herausforderung unseres Jahrhunderts fordert von unserer Generation ein energisches Handeln. Wir müssen bis 2050 aus dem CO₂-Zeitalter aussteigen und unseren Energieverbrauch komplett auf erneuerbar umstellen. Das Ziel ist ambitioniert, es ist nötig und es ist machbar: Wir haben die technischen Mittel dazu und wir können gemeinsam dieses Ziel schaffen.

Bundesrat und Parlament handeln viel zu zögerlich und wir erleben herbe Rückschläge: Nach dem Ja zur Energiestrategie hat der Nationalrat im Dezember das CO₂-Gesetz derart verwässert, dass die Ziele nie erreicht werden können.

In dieses Bild passen die Pläne des Bundes, die Autobahnen zwischen den Agglomerationen generell auf sechs Spuren auszubauen, doppelstöckige Abschnitte zu planen oder Pannestreifen in Fahrspuren umzuwandeln. ASTRA-Chef Jürg Röthlisberger fordert Einfallsachsen in die Städte. Luzern ist von den Ausbauplänen besonders betroffen: Mit einem Bypass soll die Autobahnkapazität verdoppelt werden und gleichzeitig ein neuer Autobahnzubringer mitten durch städtische Quartiere gebaut werden. Doch auch andere Regionen müssen sich gegen Hochleistungsstrassen wehren, die die Lebensqualität in Städten und Dörfern massiv verschlechtern und wertvolles Kulturland zerstören. Aktuell wehren sich Tausende Menschen in der Region Biel gegen das teuerste Autobahnprojekt mit zwei Anschlüssen mitten in der Stadt.

Die Grünen fordern den Bund auf, mit Priorität und vollstem Einsatz diesen Irrsinn zu stoppen. Bundesrat und Parlament müssen:

- Die Klimaziele zur obersten Prämisse der Verkehrspolitik machen
- Den Ausbau der Strassenkapazitäten stoppen
- Strassenprojekte siedlungsverträglich ausgestalten und die lokale Bevölkerung einbeziehen
- Jetzt Rahmenbedingungen setzen, damit die Digitalisierung in der Mobilität zur Reduktion des Energie- und Platzbedarfs führt und nicht zu einer Erhöhung von Lärm, Luftverschmutzung und einer Verstopfung der Siedlungsgebiete.